WEIHENSTEPHAN · TRIESDORF
University of Applied Sciences

Unternehmensplanung	Modul 3
Betriebs- und Unternehmensanalyse	Ströbel, Schuh, Bleisteiner

Studienziele:

Fähigkeit, wichtige Kennzahlen zur Rentabilität, Liquidität und Stabilität eines Unternehmens zu ermitteln und zu beurteilen

Inhalt:

1 Einführung
- 1.1 Problemstellung
- 1.2 Datengrundlage
- 1.3 Betriebswirtschaftlich sachgerechte Gewinnermittlung

2 Analyse der Rentabilität
- 2.1 Zielsetzung
- 2.2 Faktorkosten
- 2.3 Kenngrößen der Rentabilität
  - 2.3.1 Betriebswirtschaftlich sachgerechter Gewinn
  - 2.3.2 Betriebseinkommen
  - 2.3.3 Relative Faktorentlohnung
  - 2.3.4 Kapitalrentabilität
  - 2.3.5 Arbeitsrentabilität
  - 2.3.6 Nettorentabilität
- 2.4 Einflussfaktoren auf die Rentabilität

3 Analyse der Stabilität
- 3.1 Zielsetzung
- 3.2 Stabilitätskennzahlen im Vermögensbereich
  - 3.2.1 Eigenkapitalveränderung
  - 3.2.2 Fremdkapitalanteil & Fremdkapitaldeckung
  - 3.2.3 Anlagenintensität
  - 3.2.4 Veralterungsgrad
- 3.3 Stabilitätskennzahlen im Einkommensbereich
  - 3.3.1 Gewinnrate
  - 3.3.2 Deckungsbeitragsrate

4 Analyse der Liquidität
- 4.1 Zielsetzung
- 4.2 Kennzahlen der Zeitpunktliquidität
- 4.3 Kennzahlen der Zeitraumliquidität
  - 4.3.1 Zahlungsfluss bis Kapitalfluss
  - 4.3.2 Kapitaldienstgrenzen
  - 4.3.3 Finanzkraft
- 4.4 Ursachen unzureichende Liquidität

1 Einführung

1.1 Problemstellung

Zielsetzung der Betriebs- und Unternehmensanalyse ist es,

- die Ist-Situation allgemein zu reflektieren,
- eine betriebswirtschaftliche und sozio-ökonomische Problemanalyse durchzuführen,
- Ansatzpunkte zur Verbesserung der Ist-Situation zu identifizieren (Entwicklungsmöglichkeiten)

Die Analyse wird im allgemeinen in drei Bereiche gegliedert:

- Rentabilitätsanalyse,
- Stabilitätsanalyse und
- Liquiditätsanalyse

Die Analyse der drei Bereiche geschieht üblicherweise anhand verschiedene Kennzahlen. Dies sind meist Relativzahlen, mit deren Hilfe absolute Beträge des Unternehmenserfolgs besser beurteilt werden können (z.B. Arbeitsertrag zu Arbeitseinsatz, Kapitalertrag zu Kapitaleinsatz, etc.).

Zur Beurteilung dieser Kennzahlen sind häufig Vergleiche nötig. Man unterscheidet diesbezüglich den

- vertikalen Betriebsvergleich (Vergleich von Jahr zu Jahr) und den
- horizontalen Betriebsvergleich (Vergleich zwischen ähnlichen Betrieben).

1.2 Datengrundlage

Für die Betriebs-/Unternehmensanalyse werden vor allem folgende Daten benötigt:

- Wirtschaftserfolg (nachhaltig erzielbarer Gewinn/Verlust)
- Vermögensstruktur und Kapitalstruktur
- Tatsächlicher Faktoreinsatz und Faktorkosten
- Geldfluss
- Entnahmen / Einlagen

Die benötigten Informationen können auf unterschiedliche Weise gewonnen werden. Zwei wichtige Datenquellen sind:

- die betriebliche Buchführung (Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung)
- Betriebspläne auf Deckungsbeitragsbasis mit Betriebserhebungsdaten

Aufgrund beider Datenquellen kann unabhängig voneinander eine vollständige Unternehmensanalyse durchgeführt werden. Gegebenenfalls können sie sich im konkreten Fall auch ergänzen.
In jedem Fall ist beim Vergleich von Daten aus beiden Quellen jedoch zu beachten, dass es sich bei der

- Buchführung um eine periodenbezogene Aufzeichnung, und bei der
- Deckungsbeitragsrechnung um eine objektbezogene Kalkulation handelt.

In der Buchführung werden die wirtschaftlichen Vorgänge eines Wirtschaftsjahres erfasst, ohne Rücksicht darauf dass z.B. der für einen erwirtschafteten Ertrag benötigte Aufwand größtenteils schon in der Vorperiode angefallen ist oder dass manche Aufwendungen außerordentliche Belastungen darstellen die keineswegs regelmäßig auftreten. Eine besondere Problematik der Buchführung ist ihr (Haupt-)Zweck zur Feststellung der Besteuerungsgrundlage. Viele steuergesetzliche Regelungen die die Finanzbuchhaltung beeinflussen sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht (siehe Zielsetzung der Betriebsanalyse) unsinnig oder zumindest nicht zweckmäßig.

Will man den Abschluss der betrieblichen Buchführung deshalb für die betriebswirtschaftliche Analyse verwenden, sind (teilweise aufwendige) Umarbeitungen nötig, um die dargestellten Probleme zu korrigieren. Diese Umarbeitungen beziehen sich sowohl auf den buchhalterisch ermittelten Wirtschaftserfolg ("Gewinn") wie auch auf die Bewertung des vorhandenen Vermögens (Bilanz).
Da es bei der Ermittlung des Wirtschaftserfolges zudem noch Unterschiede zwischen natürlichen und juristischen Personen gibt, müssen auch diese Differenzen im Rahmen der Umarbeitungen ausgeglichen

werden (weiteres siehe Modul Abschlussanalyse).
Dass eine betriebswirtschaftliche Analyse immer die Betrachtung der Buchführungsabschlüsse mehrer aufeinanderfolgender Jahre umfasst versteht sich von selbst.

Wird der Betriebserfolg auf Basis von Deckungsbeitragskalkulationen ermittelt und die Informationen zu Vermögen und Kapital, Faktoreinsatz und -kosten, etc. durch eine Betriebsaufnahme erhoben, stellen diese Informationen bereits eine betriebswirtschaftlich sachgerechte Beurteilungsbasis dar.
Über die Deckungsbeitragskalkulationen werden die nachhaltig erzielbaren Leistungen ermittelt und die speziell zu ihrer Erstellung anfallenden Kosten zugemessen. Bei der Bewertung des Vermögens kann von Anfang an auf betriebswirtschaftlich sachgerechte Wertansätze geachtet werden.

Übersicht 1: Abgrenzung von Buchführung und Deckungsbeitragsrechnung

Buchführung		Deckungsbeitragsrechnung
periodenbezogen	↔	objektbezogen
nicht durchschnittlich	↔	durchschnittlich
vergangenheitsbezogen	↔	zukunftsbezogen
Kontrolle	↔	Planung
Ertrag/Aufwand	↔	Leistungen/Kosten

1.3 Betriebswirtschaftlich sachgerechte Gewinnermittlung

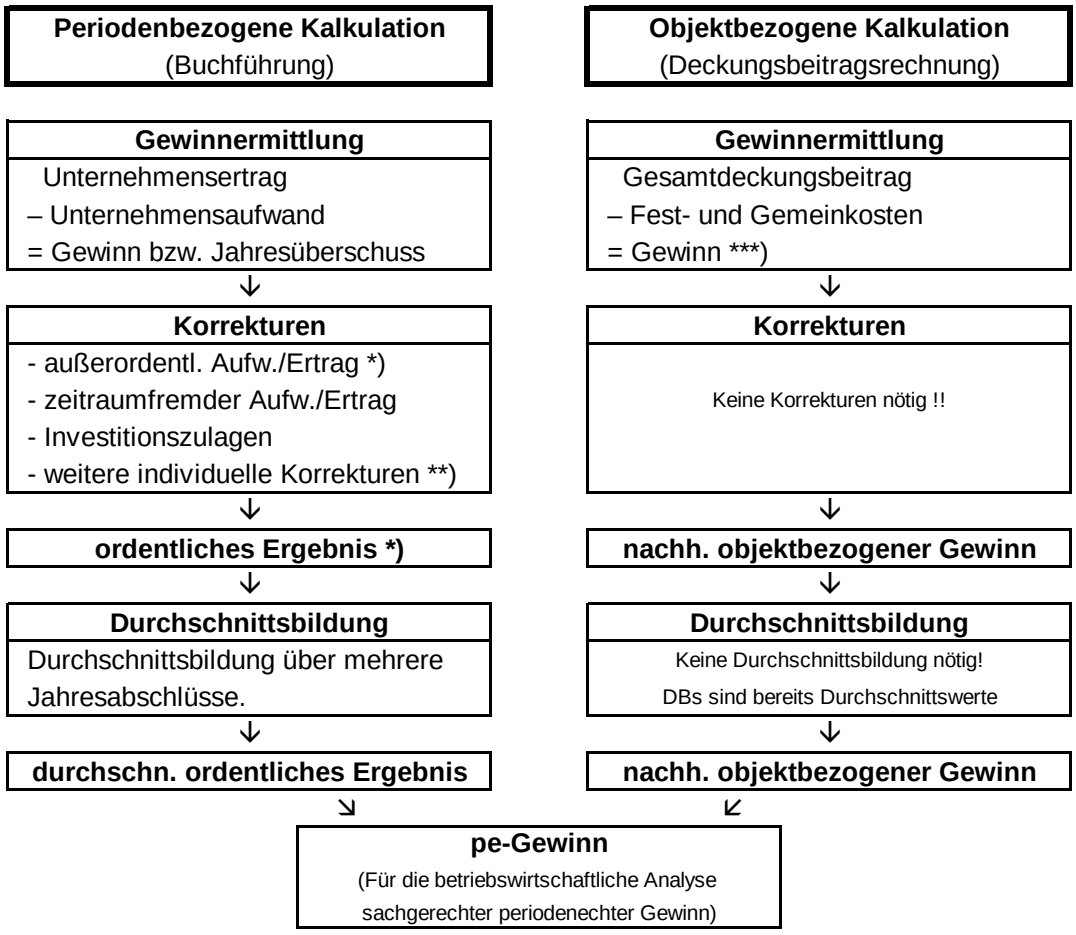
Die zentrale Größe für die betriebswirtschaftliche Betrieb-/Unternehmensanalyse ist der nachhaltig erzielbare Gewinn (Verlust), wie er etwa auf der Basis von Deckungsbeitragsrechnungen ermittelt werden kann.
Diese Kennzahl ist nicht identisch mit dem im Buchführungsabschluss ausgewiesenen

- Gewinn/Verlust (natürliche Personen), bzw. dem
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag (juristische Personen).

Aufgrund der bereits in Punkt 1.2 genannten Gründe sind diese Ergebnisse erst mittels Korrekturrechnungen umzuarbeiten und durch mehrjährige Betrachtungen Mittelwerte zu bilden.
Es würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen, wollte man eine Liste aller nötigen Umarbeitungsschritte aufzeigen, die neben der Gewinn- und Verlustrechnung z.B. auch Umarbeitungen bei der Vermögensbewertung umfassen.
In Deutschland werden im BMEL-Jahreabschluss die wichtigsten Korrekturen des Gewinns bei der Berechnung des so genannten "ordentlichen Ergebnisses" vorgenommen.
Leider werden seit dem Wirtschaftsjahr 2016/17 im BMEL-Jahresabschluss die *außerordentlichen Erträge und Aufwendungen* nicht mehr gesondert ausgewiesen sondern sind bereits im Betriebsergebnis enthalten
Als "außerordentlich" wurden *unregelmäßige und ungewöhnliche* Umsätze bezeichnet, z.B. Buchgewinne/-verluste aus bedeutendem Bodenverkauf, Gewinn/Verluste aus außerordentlichen Schadensfälle (z.B. ungewöhnliche Waldrodungen nach Schäden), aus dem Verkauf eines Teilbetriebes, etc..
Da die außerordentlichen Umsätze im BMEL-Jahresabschluss nicht mehr gesondert erfasst werden, könne sie bei der Berechnung des ordentlichen Ergebnisses auch nicht mehr automatisch korrigiert werden.
Für betriebswirtschaftliche Analysen sind diese Korrekturen jedoch sehr anzuraten und sollten deshalb bei Bedarf händisch nachgeholt werden um ein "echtes" ordentliches Ergebnis als Grundlage der Analyse verwenden zu können.

Die nachfolgende Übersicht zeigt (näherungsweise) die Vorgehensweise bei der Ermittlung eines für die betriebswirtschaftliche Analyse sachgerechten periodenechten Gewinns (pe-Gewinn).

Übersicht 2: Ermittlung des für die betriebswirtschaftliche Analyse sachgerechten Gewinns



*) In Deutschland werden seit dem Wirtschaftsjahr 2016/17 im BMEL-Jahresabschluss die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen nicht mehr gesondert ausgewiesen sondern sind bereits im Betriebsergebnis enthalten.
Im BMEL-Jahresabschluss werden diese außerordentlichen Umsätze deshalb bei der Berechnung des ordentlichen Ergebnisses auch nicht mehr automatisch korrigiert (weil nicht mehr erfassbar). Für betriebswirtschaftliche Analysen sind diese Korrekturen jedoch sehr anzuraten und sollten deshalb bei Bedarf händisch nachgeholt werden.

**) Bei juristischen Personen können z.B. noch folgende Korrekturpositionen vorkommen:
- Steuern vom Einkommen und Ertrag (Körperschaftsteuer, Kapital- und Gewerbeertragsteuer)
- Erträge aus Gewinngemeinschaft und Teilgewinnabführungsverträgen bzw. abgeführter Gewinn
- Erträge/Aufwendungen aus Verlustübernahme

Bei umsatzsteuerlich pauschalierenden Betrieben können z.B. noch folgende Korrekturpositionen vorkommen:
- durchschnittliche Vorsteuer (AfA Sachanlagen × Vosteuer-Prozentsatz)

***) Im Detail sieht der Rechenweg i.d.R. wie folgt aus:
Gesamt-Deckungsbeitrag (= Summe der Deckungsbeiträge aller Produktionsverfahren)
+ Überschüsse von Aktivitäten für die kein DB berechnet wurde, soweit diese nicht als eigenständige Betrieb geführt werden, z.B. wenig bedeutende Produktionsverfahren, Dienstleistungen, Lohnarbeiten, Maschinenringtätigkeiten, Maschinenvermietung.
+ Allgemeine Direktzahlungen (EU Prämien, Ausgleichsprämien, etc.)
= Gesamt-Deckungsbeitrag inkl. sonstiger landwirtschaftlicher Erträge
– Abschreibungen (A – R) / N
– Allgemeine Kosten, z.B. allgemeines Material, Gebäudeunterhalt, Administration, Versicherungen, Abgaben, Grundsteuer, …
NICHT: Entnahmen für private Lebenshaltung, Tilgungen von Verbindlichkeiten.
= Betriebseinkommen
– Lohnaufwand: Fremd-AK × €/AK
= Roheinkommen
– Zinsaufwand: Fremdkapital × % (Zinserträge sind zu addieren!)
– Pachtaufwand: fremde Nutzfläche × €/ha (Pachterträge sind zu addieren!)
+ Überschuss aus Forst/Jagd, Nebenbetrieben (Verluste sind zu subtrahieren!)
= Gewinn des land- und forstwirtschaftlichen Unternehmens

Achtung:
Um den Begriff des nachhaltigen, periodenechten Gewinns wie er für die betriebswirtschaftliche Analyse benötigt wird von den Bezeichnungen aus der Buchführung abzugrenzen, wurde in diesem Modul bei der Ermittlung der Kennziffern immer der Begriff **pe-Gewinn** verwendet ("pe" für "periodenecht). Dieser Begriff wird in der Literatur sonst üblicherweise nicht verwendet und dient nur dazu die Notwendigkeit einer *nachhaltigen* Rechnung zu betonen.

2 Analyse der Rentabilität

2.1 Zielsetzung

Mit der Rentabilitätsanalyse soll im wesentlichen festgestellt werden,

- ob im Betrieb ein angemessenes Entgelt erzielt wird für die eingesetzten eigenen Produktionsfaktoren (Eigenkapital und Familien-AK, d.h. ein für die jeweilige Region anzusetzender Mittelwert bzw. das bei alternativem Einsatz erzielbare Entgelt),
- aus welchen Gründen das Entgelt ggf. zu gering ist und
- in welchen Bereichen Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Rentabilität gegeben sind.

Die Rentabilitätsanalyse bezieht sich auf zwei Bereiche, nämlich auf den Unternehmensbereich und auf Teilbereiche, i.d.R. Produktionsverfahren. Die Rentabilität der Teilbereiche soll hier nicht behandelt werden, da dies bereits in den Modulen zur Produktionsökonomie ausführlich geschehen ist.
Das Unternehmen wird als rentabel bezeichnet, wenn für die eingesetzten eigenen Produktionsfaktoren (Eigenkapital, nicht entlohnte Familien-AK und Betriebsleitertätigkeit (dispositiver Faktor)) mindestens ein regionsübliches Entgelt erwirtschaftet wird, d.h. im allgemeinen, dass mindestens der Erfolg erwirtschaftet werden muss, der bei einem alternativen Einsatz der eigenen Produktionsfaktoren erzielt werden könnte.

2.2 Faktorkosten

Der Gewinn ist definiert als das Entgelt für die unternehmenseigenen Faktoren: eigene Arbeit (soweit vorhanden) und Eigenkapital. Will man den Ertrag nur eines dieser beiden Faktoren berechnen, muss für den jeweils anderen ein kalkulatorischer Kostenansatz veranschlagt werden. Bei betriebswirtschaftlich sachgerechtem Vorgehen sollten sich diese Kostenansätze an den tatsächlichen Nutzungskosten für die Faktoren bemessen. Praktisch werden jedoch oft pauschal ortsübliche Preise angesetzt, auch wenn ein alternativer Einsatz der Faktoren zu diesen Bedingungen nicht realistisch ist.
Zu den kalkulatorische Faktorkosten zählen der Lohnansatz der bisher nicht entlohnten Arbeitskräfte (z.B. des Betriebsleiters, mithelfender Familienangehöriger oder der GbR-Gesellschafter) und der Zinsansatz für Eigenkapital, letzterer möglichst differenziert nach Boden (Pachtansatz), Rechten (Pachtansatz) und sonstigem Eigenkapital (Zinsansatz).

<u>Lohnansatz für nichtentlohnte Arbeitskräfte</u>

Der Lohnansatz ist eine dynamische Größe, die u.a. von der Betriebsgröße und der Betriebsleiterqualifikation abhängt. Ein angemessener Ansatz sind die Kosten einer Ersatzperson für den jeweiligen Betrieb entsprechend den damit verbundenen Anforderungen (Substitutionswert) oder die Entlohnung für eine alternative außerlandwirtschaftliche Tätigkeit.
Für die Auswertungen der Agrarstatistik werden jährlich vom BML einheitliche Sätze herausgegeben. Sie basieren auf dem in der Landwirtschaft gezahlten Tariflohn zuzüglich eines Betriebsleiterzuschlags. Die aktuellen Werte können in der jährlich erscheinenden Publikation "Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe" des BMEL auf www.bmel-statistik.de nachgelesen werden. (Google-Suche nach "BMEL Buchführungsergebnisse")

Zinsansatz für des eingesetzte Eigenkapital

Das Eigenkapital (definiert als Gesamtkapital abzüglich Fremdkapital) dient zur Finanzierung eines weiten Bereiches von Vermögensgüter mit unterschiedlichsten Wertansätzen und Verzinsungsanforderungen. Beispielsweise sind Grund und Boden nicht inflationsgefährdet und beanspruchen deshalb auch keine bankübliche Rendite wie dies vom des Besatzvermögens gefordert wird. Für den Boden wie auch für Lieferrechte bestehen weiterhin große Unterschiede in den Wertansätzen zwischen den Betrieben.
In den Buchführungsstatistiken und im Agrarbericht wird trotzdem der Zinsansatz für das gesamte Eigenkapital pauschal mit einem einheitlichen Zinssatz bestimmt.

Bei der einzelbetrieblichen Analyse sollte jedoch sachgerechter vorgegangen werden und ein kalkulatorischer Kostenansatz für Eigenkapital wie folgt differenziert werden.

Bei der Bemesserung der Verzinsung des Eigenkapitals soll die Bilanz um die angegebenen Werte des Grund und Boden und der handelbaren Lieferrechte gemindert werden, um somit gravierende Bewertungsunterschiede zwischen den Betrieben zu vermeiden. Das dann nach Abzug der Verbindlichkeiten zur Verfügung stehende Eigenkapital wird mit einem individuellen, am Geldmarkt orientierten Zinssatz verzinst. Der Wert der Kapitalpositionen wird als Durchschnittsbetrag von Anfangs- und Endbetrag berechnet.

Für den Pachtansatz der Eigentumsfläche zu Beginn des Wirtschaftsjahres ist die Nettopacht ausgehend vom regionalen Pachtpreisniveau anzusetzen.

Neben Flächenpachten werden auch für die Lieferrechte Pachtansätze berücksichtigt, soweit es sich tatsächlich im Unternehmenseigentum handelt (z.B. Milch, Rüben, Industriekartoffeln, Brennrechte).

2.3 Kenngrößen der Rentabilität

2.3.1 Betriebswirtschaftlich sachgerechter Gewinn

Erste wichtige Kennziffer der Rentabilität und gleichzeitig Ausgangspunkt für weitere untergeordnete Kennzahlen ist der priodenechte Gewinn (pe-Gewinn). Wie dieser zu ermitteln ist wurde bereits unter Punkt 1.3 dargelegt. Er stellt das Entgelt aller bisher nicht entlohnten Faktoren dar (nichtentlohnte Arbeit, Eigenkapital, dispositiver Faktor) und ist die zentrale Maßzahl für die wirtschaftlich-kaufmännische Effizienz des Unternehmens.

2.3.2 Betriebseinkommen

Im Gegensatz zum Gewinn bezieht sich das Betriebseinkommen auf den gesamten Faktoreinsatz (fremd wie eigen) und ist damit die zentrale Maßzahl für die wirtschaftlich-technische Effizienz der Produktion (des "Betriebes").
Da im pe-Gewinn bereits die Kosten für die Nutzung fremder Faktoren berücksichtigt sind müssen diese nun wieder hinzugezählt werden (Zinsaufwand, Personalaufwand, Miet- und Pachtaufwand). Das Ergebnis ist der Betrag, der zur Entlohnung aller im Unternehmen eingesetzten Faktoren zur Verfügung steht; er stellt damit den Beitrag des Betriebes zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung dar.

pe-Gewinn
\+ Zinsen
\+ Personalaufwand (Löhne einschl. Nebenkosten)
\+ Miet- und Pachtaufwand (Boden, Anlagegüter, Rechte, etc.), auch Leasing
= Betriebseinkommen

2.3.3 Relative Faktorentlohnung

Setzt man das Betriebseinkommen ins Verhältnis zu den Faktorkosten, erhält man als Zielgröße die relative Faktorentlohnung. Sie zeigt als Relativzahl an, in welchem Umfang die tatsächliche Faktorentlohnung den tatsächlichen bzw. kalkulatorischen Faktorkosten entspricht.

Betriebseinkommen
/ Faktorkosten für Arbeit und Kapital (einschl. Boden und Lieferrechten)
= Relative Faktorentlohnung

wobei:

Zinsen
+ Miet- und Pachtaufwand (Boden, Anlagegüter, Rechte, etc.), auch Leasing
+ Personalaufwand (Löhne einschl. Nebenkosten)
+ Zinsansatz für Eigenkapital (ggf. differenziert nach Boden, Rechte, Besatzvermögen)*
+ Lohnansatz für nichtentlohnte (Familien-)Arbeitskräfte
= Faktorkosten für Arbeit und Kapital (einschl. Boden und Lieferrechten)

* siehe 2.2

2.3.4 Kapitalrentabilität

Im Zuge der Ermittlung der Kapitalrentabilität wird errechnet, welcher Ertrag aus dem Kapitaleinsatz erwirtschaftet wurde und wie dieser Ertrag im Verhältnis zum Kapitaleinsatz steht (Kapitalverzinsung). Da ein Teil des pe-Gewinns ggf. noch Einkommensteile von nichtentlohnten Arbeitskräften enthält, muss er um einen Lohnansatz für diese reduziert werden.
Neben der Betrachtung des gesamten Bilanzkapitals (Gesamtkapitalrentabilität) ist es außerdem sinnvoll, die Rentabilität des Eigenkapitals gesondert auszuweisen. Zusätzlich ist es sinnvoll auch beim Vermögen zwischen Nutzfläche und Besatzvermögen (=Vermögen ohne Boden) zu unterscheiden, so dass sich je nach Kapital- und Vermögensbetrachtung folgende Teil-Rentabilitskennziffern berechnet weren können:

	Gesamtkapital (Eigen+Fremd)	Eigenkapital
Vermögen ingesamt	Rentabilität des gesamten Bilanzkapitals	Rentabilität des eigenen Bilanzkapitals
davon Besatzvermögen	Rentabilität des Bilanzkapitals ohne Fläche	Rentabilität d. eig Bilanzkapitals ohne Fläche
davon Nutzfläche	Rentabilität der gesamten Nutzfläche	Rentabilität der eigenen Nutzfläche

2.3.4.1 Gesamtkapitalrentabilität

Bei der Gewinnermittlung werden bereits Kosten für die Nutzung fremden Kapitals in Form von Zinsen abgezogen. Da diese ein Teil des aus dem Gesamtkapital erwirtschafteten Ertrages sind, müssen sie wieder zum Gewinn zuaddiert werden.
Allgemein gilt deshalb:

pe-Gewinn
+ Zinsen für Fremdkapital
– Lohnansatz für nichtentlohnte (Familien-)Arbeitskräfte
= Ertrag des eingesetzten Gesamtkapitals (Reinertrag)
/ Durchschnittlich eingesetztes Gesamtkapital
= Gesamtkapitalverzinsung

In der Unternehmensanalyse spielt die Gesamtkapitalverzinsung jedoch eher eine untergeordnete Rolle. Vielmehr wird oft nur der Ertrag eines bestimmten Teils des Kapitals betrachtet. Entsprechend sind dann (neben dem Lohnansatz) für die nichtmiteinbezogenen Vermögensteile Kostenansätze zu veranschlagen. Insbesondere der im Gesamtkapital enthaltene Grund und Boden stellt aufgrund seiner Bewertungsproblematik einen schwierigen Aspekt für die Gesamtkapitalverzinsung dar.

2.3.4.2 Eigenkapitalrentabilität

Das Eigenkapital stellt das Gesamtkapital abzüglich Fremdkapital dar. Zur Berechnung des Ertrags aus dem eingesetzten Eigenkapital sind deshalb keine Fremdkapitalzinsen zu addieren sondern der pe-Gewinn direkt nach der Korrektur um den Lohnansatz für nichtentlohnte AK zu verwenden.

pe-Gewinn
– Lohnansatz für nichtentl. (Familien-)AK
= Ertrag des eingesetzten Eigenkapitals
/ Durchschnitt. eingesetztes Eigenkapital
= Eigenkapitalverzinsung

2.3.4.3 Besatzkapitalrentabilität

Das Besatzkapital weist das Gesamtkapital ohne Grund und Boden aus.

Die Besatzkapitalrentabilität ist deshalb von besonderem Interesse weil sie

a) sich nur auf jenen Teilbereich des Vermögens bezieht, der abgenutzt bzw. verbraucht wird (d.h. im Zeitverlauf immer wieder erneuert werden muss): Gebäude, Maschinen, Vieh, Umlaufkapital, etc.;
b) frei von der Bewertungsproblematik für Grund und Boden ist.
   Durch die Verwendung eines Pachtansatzes für den eigenen Grund und Boden werden die Nutzungskosten für die Fläche i.d.R. sachgerechter dargestellt als über den Zinsansatz gemessen an einem oft hypothetischen Bewertungsansatz.

Soll sich das Ergebnis auf das gesamte Besatzkapital (fremd und eigen) beziehen sind die (bereits abgezogenen) Fremdkapitalzinsen zum pe-Gewinn zu addieren - nicht jedoch die Pachten für Nutzfläche. Vielmehr muss zur Berechnung des Ertrages aus dem eingesetzten Besatzkapital der pe-Gewinn auch noch um einen Kostenansatz für den eigenen Grund- und Boden reduziert werden: Bei der Berechnung der Rentabilität für das eigene Besatzkapital erntfällt das addieren der Fremdkapitalzinsen:

pe-Gewinn
+ Zinsen für Fremdkapital
– Lohnansatz für nichtentlohnte (Fam.-)AK
– Pachtansatz für eigene Flächen
= Ertrag des eingesetzten Besatzkapitals
/ Durchschnittlich einges. Besatzkapital
= Besatzkapitalverzinsung

Eigenes Besatzkapital:
pe-Gewinn
– Lohnansatz für nichtentlohnte (Familien-)AK
– Pachtansatz für eigene Flächen
= Ertrag des einges. eigenen Besatzkapitals
/ Duchschn. einges. eigenes Besatzkapital
= Verzinsung des einges. eigenen Besatzkapitals

2.3.4.4 Flächenrentabilität (Grundrente)

Im Zuge der Ermittlung der Flächen- oder Bodenrentabilität wird errechnet, welcher Ertrag aus dem Einsatz der landw. Nutzfläche erwirtschaftet wurde und wie dieser Ertrag im Verhältnis zum Flächeneinsatz steht (Flächenentlohnung).
Bei der Gewinnermittlung werden bereits Kosten für gepachtete Fläche abgezogen; da diese ein Teil des Ertrages der gesamten Nutzfläche sind, müssen sie wieder dem Gewinn zuaddiert werden. Betrachtet man nur die eigenen Nutzfläche, sind die Pachten hingegen nicht zu addieren.

Für das eigenen Besatzkapital sind ebenso wie für die nichtentlohnten (Fam.-)Arbeitskräfte Nutzungskosten abzuziehen:

pe-Gewinn	*Eigenes Nutzfläche:*
+ Pacht für gepachtete Flächen	pe-Gewinn
– Lohnansatz für nichtentlohnte (Fam.-)AK	– Lohnansatz für nichtentlohnte (Fam.-)AK
– Zinsansatz für eigenes Besatzkapital	– Zinsansatz für eigenes Besatzkapital
= Ertrag der gesamten Nutzfläche	= Ertrag der eigenen Nutzfläche
/ Einges. gesamten Nutzfläche (ha)	/ Einges. eigene Nutzfläche (ha)
= Grundrente d. ges. Nutzfläche je ha	= Grundrente d. eigenen Nutzfläche je ha

2.3.5 Arbeitsrentabilität

Im Zuge der Ermittlung der Arbeitsrentabilität wird errechnet, welcher Ertrag aus dem Arbeitseinsatz erwirtschaftet wurde und wie dieser Ertrag im Verhältnis zum Arbeitseinsatz steht (Arbeitsentlohnung). Da ein Teil des pe-Gewinns i.d.R. auch zur Verzinsung des eigenen Kapitals dient muss er um einen Zinsansatz für dieses reduziert werden. Dieser Kostenansatz für das eingesetzte Eigenkapital sollte möglichst differenziert nach Boden (Pachtansatz), Rechten (Pachtansatz) und sonstiges Eigenkapital (Zinsansatz) geschehen.

2.3.5.1 Gesamtarbeitsertrag

Bei der Gewinnermittlung werden bereits Kosten für (Fremd-)Arbeitskräfte in Form von Löhnen (mit Nebenkosten) abgezogen; da diese ein Teil des Gesamtarbeitsertrages sind, müssen sie wieder dem Gewinn zuaddiert werden.
Allgemein gilt deshalb:

pe-Gewinn
+ Löhne (mit Nebenkosten) für bezahlte Arbeitskräfte
– Zinsansatz für Eigenkapital (ggf. differenziert nach Boden, Rechte, Besatzvermögen)*
= Gesamtarbeitsertrag
/ Anzahl eingesetzter Arbeitskräfte (AK oder AKh)
= Gesamtarbeitsertrag je AK/AKh

* siehe 2.2

Wenn beim der Berechnung des Zinsansatzes für das Eigenkapital lediglich das (eigen) Besatzkapital zugrundegelegt wird, ist weiterhin auch ein Pachtansatz für den eigenen Grund und Boden vom Gewinn abzusetzen.

2.3.5.2 Arbeitsertrag der nichtentlohnten AK

Nichtentlohnte Arbeitskräfte sind alle jene AK für die dem Unternehmen kein Lohnaufwand entsteht und die ihr Einkommen aus dem Gewinn beziehen, also i.d.R. Familienarbeitskräfte. Zur Berechnung des Arbeitsertrages für die nichtentlohnten AK ist der Gewinn deshalb direkt nach Abzug des Zinsansatzes für das Eigenkapital zu verwenden.

pe-Gewinn
– Zinsansatz für Eigenkapital (ggf. differenziert nach Boden, Rechte, Besatzvermögen)*
= Arbeitsertrag der nichtentlohnten AK
/ Anzahl eingesetzter nichtentlohnter Arbeitskräfte (AK oder AKh)
= Arbeitsertrag der nichtentlohnten Arbeitskräfte je AK oder AKh

* siehe 2.2

2.3.6 Nettorentabilität

Die Nettorentabilität gibt Auskunft darüber, ob die unterstellten Entlohnungsansprüche für Eigenkapital und nichtentlohnte (Familien-)Arbeitskräfte gedeckt sind und darüber hinaus ggf. noch ein Überschuss erzielt wird. Dieser Überschuss kann als die Entlohnung der unternehmerischen Tätigkeit (des dispositiven Faktors) betrachtet werden. In der Literatur werden für ihn verschiedene Bezeichnungen verwendet: Unternehmergewinn, kalkulator. Unternehmerlohn, kalkulatorisches Ergebnis.

pe-Gewinn
– Zinsansatz für Eigenkapital (ggf. differenziert nach Boden, Rechte, Besatzvermögen)*
– Lohnansatz für nichtentlohnte (Familien-)AK
= Unternehmergewinn / Kalkulatorisches Ergebnis

* siehe 2.2

Als Relativzahl kann die Nettorentabilität aus dem Verhältnis des pe-Gewinns zu den kalkulatorischen Kostenansätzen für die eigenen Faktoren ermittelt werden:

pe-Gewinn
/ Zinsansatz für Eigenkapital ((ggf. differenz nach Boden, Rechte, Besatzvermögen) + Lohnansatz für nichtentl. (Fam.-)AK
= Nettorentabilität (× 100) in Prozent

Wird kein Unternehmergewinn erwirtschaftet, gibt die Zahl an welcher v. Hd. - Anteil der angesetzten Kosten für die eigenen Faktoren durch den Gewinn gedeckt wird. Wird ein Unternehmergewinn erzielt, lässt sich ableiten, um wie viel Prozent der Kostenansatz für die eigenen Faktoren durch den Gewinn übertroffen wurde.

2.4 Einflussfaktoren auf die Rentabilität

Ist die Rentabilität nicht ausreichend sind die Einflussfaktoren sowohl auf produktionstechnischer wie auf organisatorischer Ebene zu suchen.

Typische Schwachpunkte der Betriebsorganisationen sind:

a) <u>auf der Unternehmensebene:</u>

- zu hohe Festkosten (vor allem in der Mechanisierung) durch mangelnde Spezialisierung und/oder durch Übermechanisierung,
- zu geringer Produktionsumfang, um ein ausreichendes Arbeitseinkommen je AKh zu erwirtschaften,
- unzureichende Einzelleistungen bei den Produktionsverfahren,
- suboptimale Kombination der Produktionsverfahren,
- zu hohe Finanzierungskosten durch nicht angepasste Kreditkonditionen,
- zu geringe Eigenkapitalbildung aufgrund zu geringer Rentabilität oder zu hoher Entnahmen,
- suboptimale Ausnutzung der Förderprogramme,
- mangelnde Ausnutzung der Möglichkeiten der Einkommenskombination und der betrieblichen Kooperation.

b) <u>auf der Ebene der Teilbereiche</u>

- zu geringe naturale Leistungen,
- zu geringe monetäre Leistungen aufgrund unterdurchschnittlicher Produktqualität,
- ungünstige Preise durch organisatorische Mängel im Vermarktungs- und Beschaffungsbereich,
- zu hoher Kraftfuttereinsatz aufgrund mangelnder Grundfutterqualität,
- suboptimaler Einsatz von ertragssteigernden Produktionsmitteln (Dünge-, Pflanzenschutzmittel),
- technologisch überholte Produktionsverfahren,
- zu geringer Umfang der einzelnen Produktionsverfahren (Kostendegressionen werden unzureichend genutzt).

Die Rentabilitätsanalyse in den Teilbereichen geht von einem Vergleich der erzielten Deckungsbeiträge mit Standarddeckungsbeiträgen (erzielbare Deckungsbeiträge bei mittlerer Produktionstechnik) aus. In der nächsten Analysenstufe wird dann untersucht, wo Abweichungen festzustellen sind, z.B. bei den Leistungen und proportionalen Spezialkosten oder dem anteiligen Anspruch an die festen Produktionsfaktoren (z.B. entlohnte Arbeit) und den dadurch verursachten hohen anteiligen Festkosten.

Zusätzlich ist zu beachten, dass neben den Mengengerüsten das Know-how in der Produktionstechnik eine wichtige Rolle spielt, das letztlich nur an der Relation zwischen Input und Output und dem Vergleich mit entsprechenden Zahlen "guter" Betriebe gemessen werden kann.

3 Analyse der Stabilität

3.1 Zielsetzung

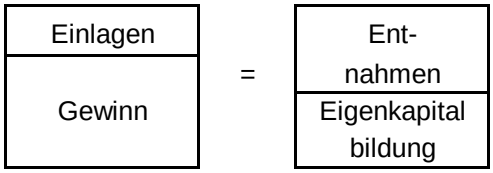
Mit der Stabilitätsanalyse soll festgestellt werden, ob ein Unternehmen in der Lage ist Rentabilität und die Liquidität auch bei Eintritt unvorhergesehener Risiken zu erhalten und langfristig zu sichern. Die Stabilität eines Unternehmens kann anhand verschiedener Kennzahlen aus dem Vermögens- und Einkommensbereich beurteilt werden.

3.2 Stabilitätskennzahlen im Vermögensbereich

3.2.1 Eigenkapitalveränderung

Die wichtigste Kenngröße für die Stabilität im Vermögensbereich ist die Eigenkapitalveränderung die sich wie folgt errechnet:

	pe-Gewinn
+	Einlagen
–	Entnahmen
=	Eigenkapitalbildung



Da der pe-Gewinn um periodenbezogene Unregelmäßigkeiten bereinigt ist, sind auch bei Einlagen und Entnahmen Durchschnittswerte zu verwenden. Bei juristischen Personen schließen die Einlagen auch Kapitalerhöhungen und die Entnahmen auch Gewinnausschüttungen mit ein. Sonstige Entnahmen sind (bei natürlichen Personen) die Privatentnahmen zur Deckung der Lebenshaltungskosten und bei juristischen Personen die Steuern von Einkommen und Ertrag (Körperschaftsteuer, Kapital- und Gewerbeertragsteuer). Falls für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten neben den Einkünften aus der Landwirtschaft (Gewinn) noch weitere Einkünfte (z.B. aus selbständiger Tätigkeit, Gewerbe, Finanzvermögen etc) zur Verfügung stehen, können diese noch zum Gewinn addiert werden. Die Eigenkapitalbildung bezieht sich dann nicht m allein auf das landwirtschaftliche Unternehmen sondern auf den Unternehmer (bzw. die Unternehmerfamili

Ein landwirtschaftlicher Betrieb benötigt Eigenkapitalbildung vor allem aus folgenden Gründen:

- Die Eigenkapitalbildung ist Voraussetzung dafür, dass in Verbindung mit Fremdkapital Investitionen durchgeführt werden können. Investitionen sind vor allem erforderlich, um die Produktion zu rationalisieren (Einführung technischer Fortschritte) und um die Produktionskapazität (Dauerkulturen, tierische Erzeugung) zu erweitern.
- Mit Eigenkapitalbildung können Verbindlichkeiten getilgt und somit das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital verbessert werden.
- Eigenkapitalbildung ist notwendig, um Scheingewinne auszugleichen. Scheingewinne entstehen vor allem dann, wenn für die Ersatzbeschaffung eines Produktionsmittels ein höherer Anschaffungspreis bezahlt werden muss als bei der Erstbeschaffung, d.h. es müssen Gewinnanteile für die Ersatz-

beschaffung eingesetzt werden, wenn die reale Substanz erhalten werden soll. Die Scheingewinne sind umso größer je höher die Teuerungsrate ist und steigen außerdem mit dem Wert der abzuschreibenden Investitionsgüter in einem Betrieb.

Die Höhe der notwendigen Eigenkapitalbildung hängt wesentlich von folgenden Einflussfaktoren ab:

- Der Umfang der notwendigen bzw. gewünschten Netto- und Ersatzinvestitionen bestimmt den Investitionsbedarf und damit die notwendige Eigenkapitalbildung in den nächsten Jahren.
- Die Höhe der Scheingewinne, die möglichst vollständig durch Eigenkapitalbildung ausgeglichen werden soll, bedingt eine zusätzliche Eigenkapitalbildung. Tolerierbar ist i.d.R. noch, wenn die Scheingewinne soweit abgedeckt werden, dass die Ersatzbeschaffungen mit mindestens dem gleichen relativen Eigenkapitalanteil finanziert werden können.
- Die Höhe der notwendigen Eigenkapitalbildung muss letztlich betriebs- oder betriebsgruppenspezifisch festgelegt werden. Langfristig soll die Eigenkapitalbildung im Unternehmensbereich für die Sicherung der Stabilität ausreichen.

In der Praxis ist es schwierig, für die Eigenkapitalbildung eine notwendige Mindesthöhe festzulegen. Als Näherungswerte werden häufig folgende Faustformeln verwendet:

- für Scheingewinnausgleich / reale Substanzerhaltung / Inflationsausgle 30% der Abschreibungen
- für Wachstum / Netto-Investitionen: 40% des Gewinns
- für den langfristigen Fremdkapitalabbau: 5% des Fremdkapitals

Obwohl es wünschenswert wäre, wenn die Eigenkapitalbildung ausreicht um die Summe aller drei Bereiche zu decken, wird ein Betrieb i.d.R. bereits als *stabil* bezeichnet, wenn die Eigenkapitalbildung zumindest den *höchsten* der drei ermittelten Werte erreicht.
Sollten jedoch alle drei Werte sehr gering ausfallen so wird oft (im Sinne einer "roten Linie") noch eine pauschale absolute Untergrenze in Höhe von 10.000 Euro je Jahr verwendet, um deutlich zu machen, dass eine "schwarze Null" bei der Eigenkapitalbildung nicht ausreicht um nachhaltig stabil zu wirtschaften.

3.2.2 Fremdkapitalanteil & Fremdkapitaldeckung

Der Fremdkapitalanteil weist den Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme aus.
Beeinflusst wird diese Kennziffer wesentlich von der Bodenbewertung. Die in der Landwirtschaft üblichen Wertansätze weichen teilweise erheblich von den tatsächlichen Verhältnissen ab.

Ein noch wichtigeres Stabilitätskriterium ist deshalb die Fremdkapitaldeckung, da sie unabhängig von der umstrittenen Bodenbewertung ist. Die Fremdkapitaldeckung gibt an, zu welchem Prozentsatz das Fremdkapital durch schnell liquidierbares Vermögen, d.h. durch Vieh- und Umlaufvermögen sowie ggf. durch bewegliches Maschinen- und durch Finanzanlagevermögen gedeckt ist. Ein hoher Deckungsgrad bedeutet eine hohe Stabilität, weil notfalls das Fremdkapital schnell und ohne hohen Wertverlust, vor allem ohne Bodenverkauf, getilgt werden kann. Im Falle der Unterdeckung wird eine zusätzliche Eigenkapitalbildung benötigt, um mittelfristig (5 bis 10 Jahre) eine möglichst vollständige Fremdkapitaldeckung durch Vieh- und Umlaufvermögen sowie Maschinen und ggf. Finanzanlagevermögen zu erreichen.

3.2.3 Anlagenintensität

Die Anlagenintensität ergibt sich aus der Relation des abnutzbaren Anlagevermögens zum Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto höher ist die Festkostenbelastung und um so weniger ist der Betrieb fähig, sich geänderten Produktionsbedingungen anzupassen. In der Landwirtschaft liegt die Anlageintensität etwa bei 30 %, wobei die Bewertungsansätze jedoch eine entscheidende Rolle spielen.

3.2.4 Veralterungsgrad

Der Veralterungsgrad ergibt sich aus dem Verhältnis des Buchwertes des abnutzbaren Anlagevermögens zum Anschaffungswert. Je niedriger der Veralterungsgrad, desto älter sind die Anlagegüter, d.h. desto größer ist der Investitionsrückstand, sofern die Nutzungsdauer richtig angenommen wurde. Bei einem Veralterungsgrad von 0,5 könnte vereinfachend die Annahme getroffen werden, dass der Betrieb kontinuierlich investiert. Diese Aussage gilt aber nur wenn eine Inflationsrate von 0 unterstellt wird.

3.3 Stabilitätskennzahlen im Einkommensbereich

3.3.1 Gewinnrate

Die Gewinnrate wird in der Wirtschaft allgemein als Anteil des Gewinns am Umsatz berechnet und auch als Umsatzrendite bezeichnet. Damit gehört die Gewinnrate grundsätzlich eher in den Bereich der Rentabilitätsanalyse als zur Stabilität. Auch zur Beurteilung der Stabilität ist die Gewinnrate aber eine geeignete Kennzahl, weil sie anzeigt in welchen Bereichen der Umsatz aufgrund von Produktions-, Markt- und Investitionsrisiken schwanken darf, ohne dass das Unternehmen in den Verlustbereich kommt.
Je größer die Gewinnrate eines Unternehmens ist, desto effizienter arbeitet es und um so leichter können Krisenzeiten überstanden werden.
In der Landwirtschaft wird der Erfolg allerdings nicht zum Umsatz sondern zum gesamten Unternehmensertrag inklusive aller Direktzahlungen (Prämien) in Relation gesetzt:

pe-Gewinn
/ Unternehmensertrag
= Gewinnrate (× 100)

3.3.2 Deckungsbeitragsrate

Analog der Berechnung der Gewinnrate kann die sog. Deckungsbeitragsrate ermittelt werden. Sie setzt den Gesamtdeckungsbeitrag des Betriebes ins Verhältnis zur gesamten Marktleistung (bzw. Gesamtleistung). Die Interpretation ergibt sich analog der Gewinnrate.
Der Vorteil bei der Berechnung der Deckungsbeitragsrate ist die einfachere Ermittlung, da sie keine Kenntnis des Gewinnes voraussetzt.

4 Analyse der Liquidität

4.1 Zielsetzung

Mit der Analyse der Liquidität soll festgestellt werden, ob ein Unternehmen in der Lage ist seinen bestehenden Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.
Man unterscheidet zwischen Kennzahlen

- zur Zeitpunktliquidität und
- der Zeitraumliquidität.

4.2 Kennzahlen der Zeitpunktliquidität

Die Zeitpunktliquidität wird als Verhältnis zwischen sofort bzw. auf kurze oder mittlere Sicht verfügbaren Zahlungsmitteln und den kurzfristigen Verbindlichkeiten für einen bestimmten Stichtag angegeben.
Für die Zeitpunktliquidität werden folgende Liquiditätsgrade unterschieden:

$$\text{Liquidität 1. Grades (Barliquidität)} = \frac{(\text{Bargeld} + \text{Bankguthaben}) \times 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

$$\text{Liquidität 2. Grades (Liqu. auf kurze Sicht)} = \frac{(\text{Bargeld} + \text{Bankguthaben} + \text{kurzfristige Forderungen}) \times 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

$$\text{Liquidität 3. Grades (Liqu. auf mittlere Sicht)} = \frac{(\text{Bargeld} + \text{Bankguthaben} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{jederzeit veräußerbare Bestände an Vieh u. Vorräten}) \times 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

4.3 Kennzahlen der Zeitraumliquidität

4.3.1 Zahlungsfluss bis Kapitalfluss

Für die Betriebsanalyse im Rahmen der Betriebsanalyse und Planung ist vor allem eine Überprüfung der Zeitraumliquidität wichtig, da dabei die Ein- und Auszahlungen eines Zeitraums (z.B. Wirtschaftsjahr) einander gegenübergestellt und somit Überschüsse oder Defizite am Ende eines Zeitraums identifiziert werden.
Schrittweise können in diese Betrachtung

- Veränderungen im Geldbestandsbereich
- Veränderungen von Kontokorrent-Forderungen u. -Verbindlichkeiten
- Kreditaufnahme und -tilgung sowie Einlagen und Entnahmen
- Veränderungen im Geld und Kontokorrentbereich

miteinbezogen werden.

4.3.2 Kapitaldienstgrenzen

Zur Sicherung der Liquidität bei bevorstehenden Investitionen mit Fremdkapitaleinsatz spielen die Kapitaldienstgrenzen eine wichtige Rolle. Langfristig sollte zur Deckung des künftigen Kapitaldienstes (bestehender + neuer) die (nachhaltig zu erwartende) Eigenkapitalbildung ausreichen. Evtl. kann hier sogar noch ein Risikoabschlag in Höhe von etwa 5-10% des Roh(oder Betriebs-)einkommens angesetzt werden. Da in der Eigenkapitalbildung die bestehenden Zinsen abgezogen sind, werden sie für die Berechnung der Kapitaldienstgrenzen zunächst wieder hinzugezählt.

Nachhaltig ist die Kapitaldienstfähigkeit auch dann noch gegeben wenn Abschreibungen für neu(er)e lang- und mittelfristige Anlagegüter (Gebäude) zur Kapitaldienstdeckung verwendet werden.

Kurzfristig können alle liquiden Mittel, d.h. auch alle übrigen Abschreibungen und sogar (falls vorhanden) Mittel aus dem außerbetrieblichen Bereich (außerbetriebliches Einkommen, Überschuss aus anderen Unternehmensteilen) zur Kapitaldienstdeckung verwendet werden.

	Eigenkapitalbildung
–	ggf. Risikoabschlag (5-10% vom Roheinkommen)
+	Zinsaufwand für Fremdkapital (der bei der Gewinnermittlung bereits als Aufwand berechnet wurde)
=	Langfristige Kapitaldienstgrenze (=Zinsbelastungsgrenze)
+	Abschreibungen für neu(er)e langfristige Anlagegüter (Gebäude, Dauerkult., Melior.)
=	Nachhaltige Kapitaldienstgrenze
+	Übrige Abschreibungen
(+	ggf. außerbetriebliche Mittel, soweit diese nicht bereits bei der Eigenkapitalbildung berücksichtigt wurden)
=	Kurzfristige Kapitaldienstgrenze (aktuelle KD-Fähigkeit)

Vermindert man die einzelnen Kapitaldienstgrenzen um den bestehenden Kapitaldienst ergibt sich jeweils die noch für neue Verbindlichkeiten verbleibende Kapitaldienstreserve:

	Kapitaldienstgrenze (langfristig, nachhaltig, kurzfristig)
–	Kapitaldienst
=	Kapitaldienstreserve (langfristig, nachhaltig, kurzfristig)

Die Kapitaldienstreserve für neue Verbindlichkeiten kann auch über eine Relativzahl ausgedrückt werde, die den bestehenden Kapitaldienst ins Verhältnis zu den Kapitaldienstgrenzen setzt. So wird die Ausschöpfung der Kapitaldienstgrenzen durch die bestehenden Verbindlichkeiten angegeben.

	Bestehender Kapitaldienst
/	Kapitaldienstgrenze (langfristig, nachhaltig, kurzfristig)
×	100
=	Ausschöpfung der Kapitaldienstgrenze (langfristig, nachhaltig, kurzfristig)

Werte unter 100% weisen eine bestehende Reserve aus; Werte über 100% zeigen eine Überstrapazierung einer Grenze.

Da die Kapitaldienstfähigkeit auf eine nachhaltige Betrachtung abzieht, sollten für die Ermittlung der Kapitaldienstgrenzen unbedingt mehrjährige Durchschnittszahlen verwendet werden.

4.3.3 Finanzkraft

4.3.3.1 Cash flow

Die Darstellung der Finanzkraft des Unternehmens zielt nicht auf Nachhaltigkeit ab sondern beschreibt die Situation einer einzelnen Wirtschaftsperiode (z.B. Wirtschaftsjahr). Sie leitet sich deshalb auch nicht von dem bei der Unternehmensanalyse viel gebrauchten pe-Gewinn, sondern dem konkreten unkorrigierten Jahresergebnis des Unternehmens ab. Festgestellt wird die Summe an liquiden Eigenmitteln, die während einer Periode zur Verfügung steht, um Investitionen zu finanzieren und Geldvermögen zu bilden (Cash flow).

	Gewinn/Verlust	bzw.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag
+	Abschreibungen		
=	Cash flow I		
+	Einlagen	bzw.	Kapitalerhöhungen
–	Entnahmen	bzw.	Gewinnausschüttungen
=	Cash flow II		
–	Fremdkapitaltilgungen		
=	Cash flow III		

Soll der Cash flow als nachhaltige Größe ermittelt werden, ist im Gegensatz zu der dargestellten Rechnung vom pe-Gewinn und durchschnittlichen Werten für Abschreibungen, Einlagen und Entnahmen auszugehen.

4.3.3.1 Kalkulatorische Tilgungsdauer

Die kalkulatorische Tilgungsdauer gibt die maximale Tilgungsdauer für die Fremdkapitalbelastung des Betriebes an. Sie errechnet sich aus dem Verhältnis der Netto-Verbindlichkeiten zum Cash flow.

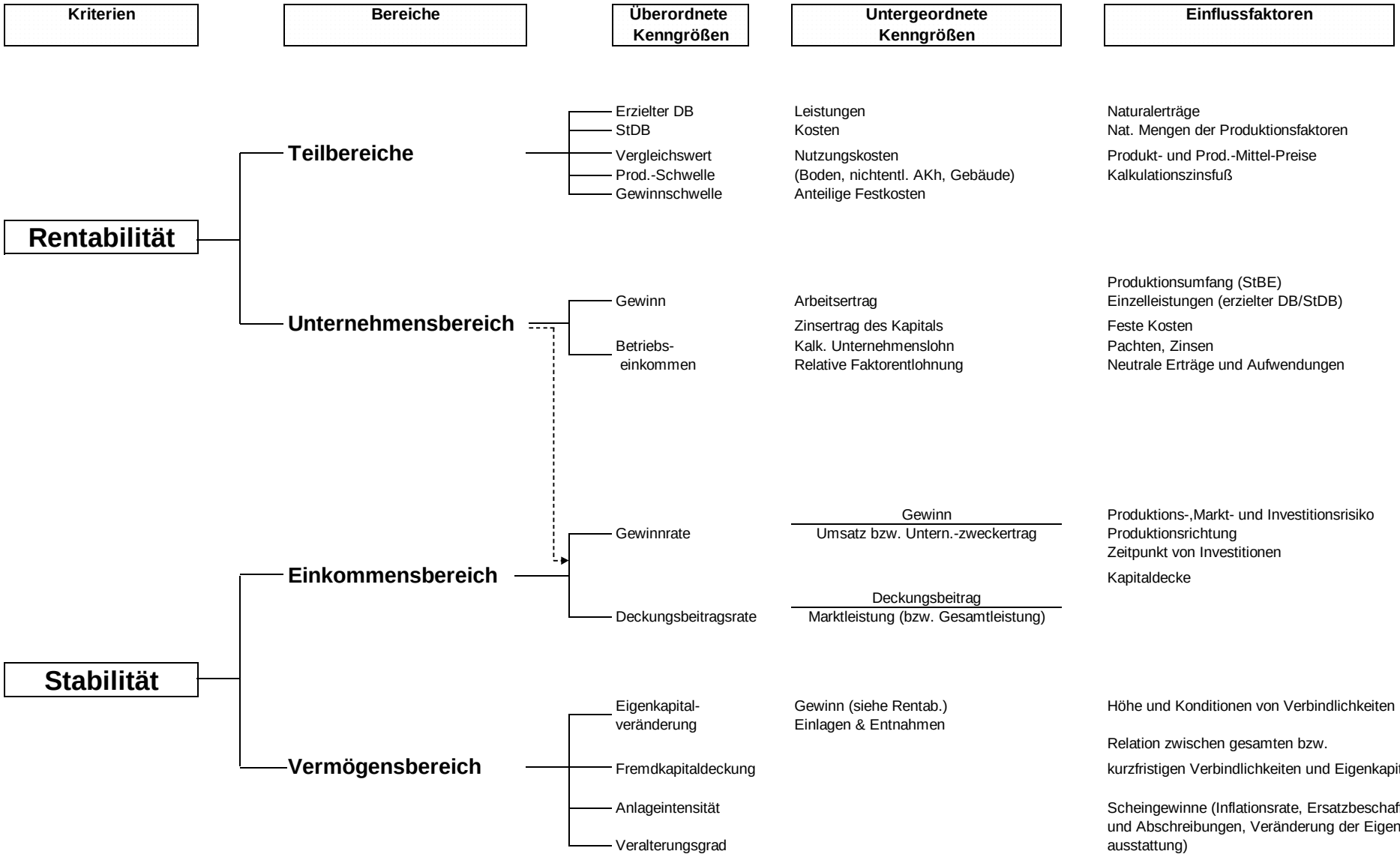
	Verbindlichkeiten
–	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
–	Wertpapiere
–	Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten
=	Netto-Verbindlichkeiten (Jahresdurchschnitt)
/	Cash flow II
=	Kalkulatorische Tilgungsdauer (Jahre)

4.4 Ursachen unzureichende Liquidität

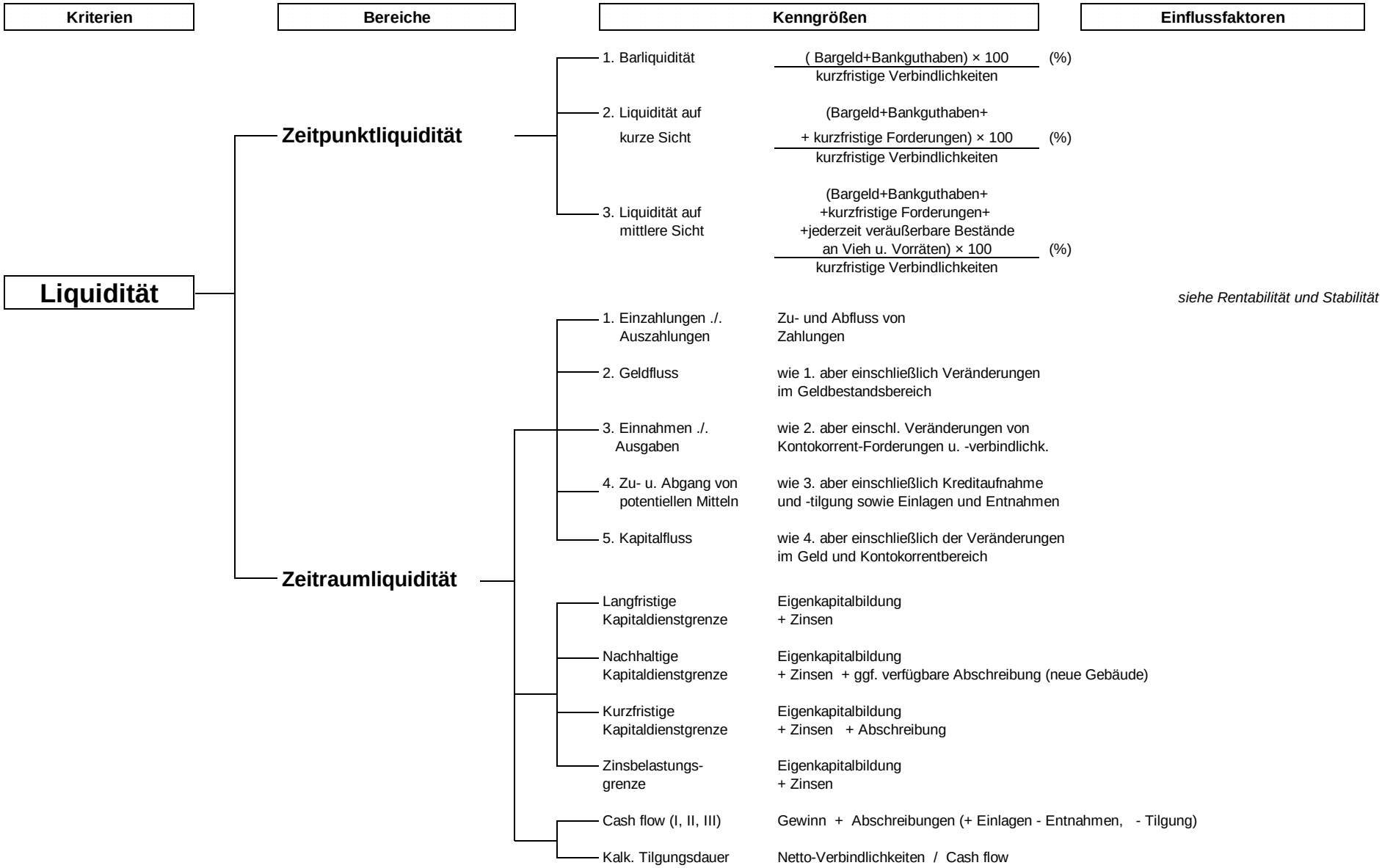
Die häufigsten Ursachen unzureichender Liquidität sind:

- mangelnde Rentabilität
- hohe Geld- und Naturalentnahmen sowie
- hohe Kapitaldienstbelastungen, die sowohl aus hoher Fremdkapitalbelastung als auch
- aus nicht sachgerechter Finanzierung resultieren können.

Übersicht 3a: Unternehmensanalyse - Kriterien, Bereiche, Kenngrößen und Einflussfaktoren (1)



Übersicht 3b: Unternehmensanalyse - Kriterien, Bereiche, Kenngrößen und Einflussfaktoren (2)



Übersicht 4: Erfolgsgrößen im Betrieb und Unternehmen

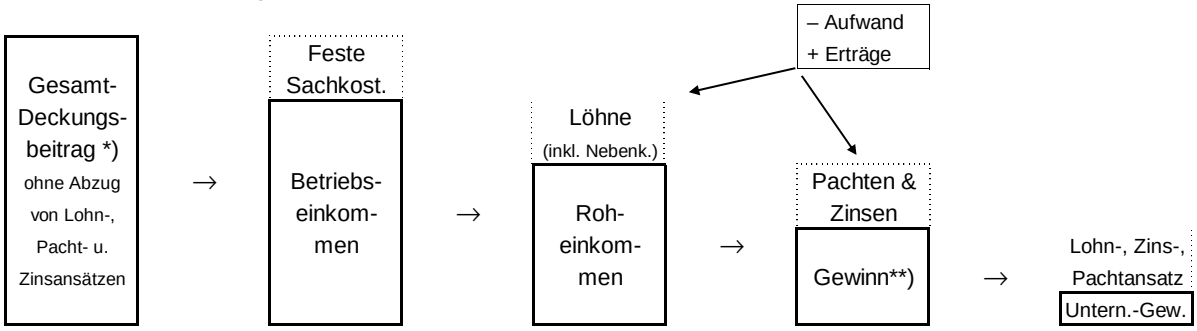
BETRIEB

<table>
<tr><td colspan="5">Betriebseinkommen</td></tr>
<tr><td colspan="4">Roheinkommen</td><td>Lohnaufw. Fremd-AK</td></tr>
<tr><td colspan="2">Zinsanspruch</td><td colspan="3">Gesamtarbeitsertrag</td></tr>
<tr><td colspan="3">Reinertrag</td><td colspan="2">Lohnanspruch</td></tr>
<tr><td colspan="2">Zinsanspruch</td><td>Reinertr.-differenz</td><td colspan="2">Lohnanspruch</td></tr>
<tr><td>Zinsansatz Eigenkapital</td><td>Zinsaufw. Fremdkapital</td><td>Reinertrags-differenz</td><td>Lohnansatz Familien-AK</td><td>Lohnaufwand Fremd-AK</td></tr>
</table>

UNTERNEHMEN

<table>
<tr><td colspan="3">Gewinn</td></tr>
<tr><td>Zinsansatz Eig-Kap</td><td colspan="2">Arbeitsertrag der nichtentlohnten AK</td></tr>
<tr><td colspan="2">Zinsertrag des Eigenkapitals</td><td>Lohnansatz Fam-AK</td></tr>
<tr><td>Zinsansatz Eig-Kap</td><td>Unterneh-mergewinn</td><td>Lohnansatz Fam-AK</td></tr>
</table>

Übersicht 5: Beziehungen zwischen Betriebseinkommen und Gewinn



*) oder Betriebsertrag abzüglich variable Sachkosten

**) ggf. zuzüglich Saldo Ertrag/Aufwand nichtgewerbl. Nebenbet., Forst, Jagd u. Erträge aus Finanzlagevermögen

Übersicht 6: Faktorentlohnung durch einzelne Erfolgsgrößen

Erfolgsgrößen der *Betriebsrentabilität* und der *Unternehmensrentabilität*	**Die Erfolgsgrößen umfassen das Entgelt für:**				
	Gesamtarbeit		Gesamtkapital [4]		Unternehmerische Tätigkeit
	Familien-AK [1]	Fremd-AK	Eigen-kapital	Fremd-kapital	
Betrieb [2]					
Betriebseinkommen	+	+	+	+	+
Roheinkommen	+	–	+	+	+
Reinertrag	–	–	+	+	+
Gesamtarbeitsertrag (B)	+	+	–	–	+
Reinertragsdifferenz	–	–	–	–	+
Unternehmen [3]					
Gewinn	+	–	+	–	+
Arbeitsertrag nicht entlohnte AK	+	–	–	–	+
Zinsertrag des Eigenkapitales	–	–	+	–	+
Unternehmergewinn	–	–	–	–	+

1) Nicht entlohnte (Familien-) Arbeitskräfte

2) i.d.R. Landwirtschaft i. e. Sinne

3) Landwirtschaft i. w. Sinne, d. h. einschl. nichtgewerbl. Nebenbet., Forst, Jagd u. Erträge aus Finanzlagevermögen

4) Gesamtkapital = Besatzkapital & eigenes Bodenvermögen